

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: Nachrichten Dresden
Kurs für Adressänderung: Nr. 20011
Erscheinung u. Hauptverteilung:
Dresden - H. 1, Katicenstraße 24/26

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Juni 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung pro Haus 1.75 RM.
Bezugsgebühr für Monat Juni 3.40 RM, einjährig 36 RM, halbjährig 18 RM, vierteljährig 9 RM.
Einzelnummer 10 Pf. Einzelhefte: Die Anzeigen werden nach Postmarkt berechnet; die ein-
seitige 30 mm breite Seite 35 Pf., für außerhalb 40 Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 30 mm breite Kleinanzeige 200 Pf., außerhalb 250 Pf.
Offertengebühr 30 Pf. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Sieph & Reichardt,
Dresden, Boltesch-Ring, 1068 Dresden
Nachdruck nur mit druck. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Geldstücke werden nicht aufbewahrt

Hoher Bankgewinn an der Tributanteile

Einigung auf der Bankierkonferenz in Paris

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 11. Juni. Die Verhandlungen über die Aufgebungsbedingungen der ersten großen Younganleihe sind nach 14tägiger Dauer beendet. Die Vollkonferenz, bestehend aus den Mitgliedern des Verwaltungsrates der Internationalen Tributbank und den Vertretern der in Betracht kommenden neuen Emissionsbanken, hat am Dienstag nicht weniger als vier Sitzungen abgehalten. Die erste Sitzung begann vormittags 10 Uhr, die letzte nachts um 11 Uhr, und sie dauerte bis heute morgen gegen 1 Uhr. Gestern nachmittag lag die Annahme des Generalvertrages durch den Reichsfinanzminister noch nicht vor, aber der Hauptkampf, der mit größter Zähigkeit geführt wurde, ging um den Ausgabekurs des neuen Tributpapiers und besonders um den Ausgabekurs durch die Emissionsbanken. Jede der beteiligten Banken wollte sich ein möglichst großes Geschäft dabei sichern. Die Amerikaner wollten den Emissionskurs bis auf 86 oder gar 85 herabdrücken.

Man hat sich schließlich auf einen einheitlichen Ausgabekurs von 90 Prozent für alle in Betracht kommenden Länder mit Ausnahme Frankreichs geeinigt.

In Frankreich wird das neue Papier zu 98 1/2 Prozent ausgeben werden. Die den Banken zugehörige Kommission wird zwischen 2,5 und 4 Prozent schwanken. Die Amerikaner sind von der bei ihnen für solche Geschäfte üblichen Kommission von 4 Prozent nicht abgegangen.

Nachdem man sich endlich gegen Mitternacht über die so lange umstrittenen Ausgabebedingungen der Anleihe geeinigt hatte, teilte der Reichsbankpräsident Luther das Ergebnis telephonisch nach Berlin mit und erhielt bald darauf die ebenfalls telephonisch übermittelte Zustimmung des Reichsfinanzministers Dr. Molkenhauer. Von deutscher Seite liegen heute früh noch keine Einzelheiten über das erzielte Schlussergebnis vor. Es steht aber folgendes fest:

Während der tatsächliche Wert der Anleihe vertragsgemäß 800 Millionen Dollar beträgt, wird der nominelle Ausgabewert derselbe infolge der Bankkosten mindestens 845 Millionen Dollar ausmachen. In den Angaben, die heute früh von französischer Seite vorliegen, wird ein stimmig betont,

dass der gesamte Zins- und Amortisationsdienst der Anleihe in ihrem wirklichen Betrag von 845 Millionen Dollar durch die deutsche Regierung garantiert werde,

da die Anleihe nichts anderes darstellt als die erste Mobilisierung der bedingungslos zahlbaren deutschen Tributschuld. Zinsen und Amortisationsdienst werden in der Währung jedes Ausgabelandes vollzogen auf Grund eines von vornherein und ein für allemal festgesetzten Goldwertes, also unabhängig von allen Kursveränderungen. Die Verzinsung können nicht von einem Lande nach dem anderen ausgetauscht werden. Der Nominalwert der verschiedenen Anteile ist folgender:

- Deutschland 36 Millionen RM.
- Amerika 98,25 Millionen Dollar.
- Frankreich 25 1/2 Millionen Papierfranken.
- Belgien 35 Millionen belgische Franken.
- England 12 Millionen Pfund Sterling.
- Holland 75 Millionen Gulden.
- Italien 110 Millionen Lire.
- Schweden 110 Millionen Kronen.
- Schweiz 92 Millionen Schweizer Franken.

Obwohl der dritte Teil der Anleihe Deutschland zugute kommt und obwohl der Anteil, den Deutschland zahlt, verhältnismäßig gering ist, darf man nicht vergessen, daß das ganze Geldgeschäft, das heute nacht in Paris perfekt wurde, letzten Endes vom deutschen Volk bezahlt werden muß.

Die Verwendung des deutschen Anteils

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Juni. Wie oben mitgeteilt, hat der Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer heute nacht 1 Uhr den Anleihevertrag in Paris unterzeichnet. Der Reichsbankpräsident Dr. Luther hat sich vorbehalten, die deutsche Preisbildung in Paris über den Gang der Verhandlungen und die Einzelheiten des Anleihevertrages zu unterrichten. In Berliner unterrichteten Kreisen hört man noch, daß die Younganleihe im Vergleich zur Dawesanleihe wesentlich günstiger beurteilt wird. Der Zinsfuß stellt sich auf 5,5 gegen 7 Prozent der Dawesanleihe. Die Rückzahlung erfolgt zu Paris von 1935 ab, während die Rückzahlung bei der Dawesanleihe mit 105 Prozent festgelegt ist. Was den Emissionskurs von 90 Prozent anlangt, so war man der Ansicht, daß es zweckmäßig sei, einen niedrigen Emissionskurs vorzusehen, um einen niedrigen Zinsfuß zu erzielen.

Der Zinsfuß von 5,5 Prozent soll als wegweisend für weitere neue Anleihen von Deutschland auf den internationalen Kapitalmarkt betrachtet werden.

Die Schwierigkeiten bei den ganzen Verhandlungen bestanden in der Vermeidung von zwei Drittel der Anleihe als Reparationsleistung und ein Drittel aus dem allgemeinen deutschen Reichshaushalt. Wie bekannt, hatten die Verhandlungsgegner ursprünglich eine besondere Sicherheit für den deutschen Anteil von Seiten der Reichsbank und Reichsbahn verlangt. Diese Ansprüche konnten aber abgewehrt werden. Das eine Drittel, das auf Deutschland entfällt, ist mit keinen weiteren Sicherungen ausgestattet.

Es wird in dem Prospekt der B.N. lediglich angegeben, daß es sich um bedingungslose Leistungen der deutschen Regierung handelt und daß beide Teile absolute Sicherheit hätten und erkläre die Anleihepapiere seien.

Hierin ist nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern auch eine politische Bedeutung zu erblicken im Sinne einer Kooperation zwischen einzelnen Ländern mit Hilfe der B.N., wie sie der Youngplan vorsieht. Man hat den Emissionskurs für den Kreditverhältnissen in den einzelnen Ländern angepasst. Natürlich sind diese in den einzelnen Ländern ganz verschieden. Daß Frankreich einen so hohen Emissionskurs hat, hängt auch noch mit der besonderen Steuerermäßigung zusammen, die für diese Anleihe in Frankreich eingeführt worden ist. Die Differenz, die dem französischen Anleihekonsum durch diesen hohen Emissionskurs mehr zufließt, fließt in die französische Staatskasse.

Deutsche Zugeständnisse in der Saarfrage

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 11. Juni. Das Dunkel des Schweigens, in das fortwährend die in Paris nun seit mehr als einem halben Jahre geführten Saarverhandlungen gehüllt sind, ist durchsichtiger nicht ein Beweis dafür, daß es in der Stille vorwärts geht, sondern vielmehr für das Gegenteil. Es geht durchaus nicht vorwärts, und in allen wesentlichen Punkten herrscht nach wie vor vollkommene Uneinigkeit zwischen den französischen und deutschen Unterhändlern. „Von einer Lösung“, so schreibt heute der „Petit Parisien“, „ist man weiter als je entfernt.“ Das, was dieses Regierungsblatt zur Begründung dieser pessimistischen Auffassung ausdrücklich vorbringt, muß in allen wesentlichen Punkten als Meinung der französischen Regierung aufgefaßt werden. Die durch die Wiedererlangung der Saar in den Verband des Reiches notwendig entstehende Steuererhöhung, die der französische Diktator auf 25 Prozent berechnet, beunruhigt nach dieser Darstellung die Saarländer außerordentlich. Obwohl sie ihrer eigenen Meinung nach, wie offen zugabener wird, Deutsche sind und deutsch bleiben wollen, so wollen sie die Heimkehr ins Reich doch nicht mit ihrem eigenen Ruin erkaufen. Auch die Aufrechterhaltung des französischen Zollregimes bis 1935, wie sie geplant und von der deutschen Delegation schon an und für sich zugestanden ist, und das weitere Zugeständnis großer landesweit abnehmender zollfreier Kontingente für die französische Warenzufuhr nach 1935, würden diese Schwierigkeiten des Ueberganges nicht vollkommen lösen.

Keinerlei Einigkeit herrscht aber vollends über die Hauptfrage, nämlich die Rückgabe der Saargruben an Deutschland.

Bestimmlich diese Rückgabe an den früheren Besitzer, also den preussischen und bairischen Staat, mit Ausnahme der deutschen Gebiete ebenfalls schon grundlegend zugestandenem weiteren Verzicht der im Warndgebiet an der französisch-lörringischen Grenze widerrechtlich geraubten Schäden an die

Die Emissionskosten stellen sich demnach auf rund 50 Millionen Dollar. Deutschland hat aus seinen allgemeinen Haushaltsmitteln nur ein Drittel dieser Emissionskosten zu tragen, die übrigen zwei Drittel werden der deutschen Younganleihe entnommen.

Die Reichsbahn erhält von den 400 Millionen Mark, die Deutschland ausliehen, 210 Millionen, die Reichspost 160 Millionen.

Wie wir hören, wird die Frage, inwieweit Reichsbahn und Reichspost auf Grund dieser Anleihe Mittel neue Bestellungen an die deutsche Wirtschaft geben können, zurückhaltend beurteilt. Die Reichspost z. B. dürfte gezwungen sein, den gesamten Betrag von 160 Millionen Mark auf Postkonten in London zu nehmen. Wahrscheinlich hat die Reichspost in der letzten Zeit in Erwartung der Younganleihe bereits erhebliche Beträge von Postbesitzgeldern für Investitionszwecke benutzt, so daß jetzt ein Ausgleich stattfinden muß. Auch hören wir weiter, daß die Reichsbahn einen wesentlichen Teil der 210 Millionen Mark für ihre Finanzreform verwenden muß, d. h. also auch die Reichsbahn hat bereits Vorleistungen auf Grund der Anleihe gemacht. Die dadurch entstehende schwebende Schuld muß nunmehr mit Hilfe der Anleihe konolidiert werden.

Frankosen, wird französischerseits verweigert. Das wird heute im „Petit Parisien“ ausdrücklich festgestellt. Die Franzosen beharren auf ihrem Vorschlag, die Gruben durch eine gemischte französische Gesellschaft betreiben zu lassen und erklären, daß die deutsche Forderung auf bedingungslose Rückgabe der Gruben an die früheren Besitzer nur eine Preisfrage sei, die nicht angenommen werden könne. Wahrscheinlich werden daher die Saarländer auch selbst einsehen, daß es in ihrem Interesse sei, die Volksabstimmung im Jahre 1935 abzuwarten. Frankreich habe dagegen auch nichts einzuwenden, denn so wie die Verhandlungen stehen, sei ein gangbarer Ausweg nicht zu sehen. Briand wolle natürlich, nachdem er sich einmal in Verhandlungen eingelassen habe, zu einem Abbruch kommen; aber die Abtötung dieses Abbruchs bis zum 1. September herbeizuführen, habe er durchaus nicht, obgleich man dies Curtius feierlich in Genf versprochen habe. Deutschland solle erst brauchbare Vorschläge machen, andernfalls werde auch Frankreich, wenn die Deutschen auf ihrer bisher eingenommenen Haltung beharren, das Risiko der Volksabstimmung im Jahre 1935 ruhig abwarten. Frankreich könne nicht noch mehr Opfer bringen, als es schon bisher durch fortwährende Zugeständnisse den Deutschen auf allen Gebieten gebracht habe. (1)

Die altbewährte Verhandlungsattitüde der Franzosen ist also auch in den Saarverhandlungen ganz offensichtlich. Man hat den deutschen Unterhändlern zunächst in der Frage des Zollregimes bis 1935 und darüber hinaus sowie betreffend der weiteren Verpachtung der geraubten Schäden im Warndgebiete wesentliche grundsätzliche Zugeständnisse abgerungen. Das Entgegenkommen, das deutscherseits für diese Zugeständnisse von Seiten der Franzosen erwartet wurde, ist bisher vollkommen ausgeblieben. Die einzigen, die auf ihrer vom ersten Verhandlungsstage an eingenommenen Position ohne Schwanken verblieben sind, sind die Franzosen.

Mit Mann und Maus brennend in die Tiefe

Dampferzusammenstoß bei Boston

Boston, 11. Juni. Der amerikanische Küstendampfer „Fairfax“ ist auf der Höhe von Boston mit einem Tankdampfer, der Petroleum an Bord hatte, zusammengestoßen und schwer beschädigt worden. Der Dampfer „Gloucester“ eilte der „Fairfax“ zur Hilfe, übernahm ihre Passagiere und Mannschaften, unter denen sich acht Schwerverletzte befinden, und landete sie heute morgen in Boston. Der mit der „Fairfax“ zusammengestoßene Tankdampfer, über dessen Namen und Herkunft man nichts Genaueres weiß, ist mit allem, was sich an Bord befand, brennend untergegangen.

Der Zusammenstoß hat sich nach den eingelaufenen Berichten folgendermaßen abgespielt: Die „Fairfax“ rief im Nebel mit einem unbekannten Tankdampfer zusammen. Dieser ging unmittelbar nach dem Anprall in Flammen auf. Die Flammen griffen auf die „Fairfax“ über, und ein Teil der Mannschaft und der Passagiere wurde von den Flammen erreicht. Mehrere Passagiere und mehrere Mann der Besatzung trugen Brandwunden davon.

Die Besatzung des Tankdampfers — man nimmt an, es waren 40 Mann an Bord — konnte nicht gerettet werden. Sie ist teils ertrunken, teils verbrannt.

Ein Augenzeuge von der „Fairfax“, der in dem Augenblick an Deck kam, als der Zusammenstoß erfolgte, machte folgende Angaben: „Ich sah, wie Leute der Besatzung und sieben Passagiere, darunter drei Frauen, in das Wasser sprangen, da ihre Kleider Feuer gefangen hatten. Da aber das brennende Öl des Tankdampfers sich auch auf dem Wasser verbreitete, wurden sie auch dort von den Flammen erfasst und verbrannt. Es war unmöglich, ihnen Hilfe zu bringen. Wir mußten sehen, uns selbst zu retten. Schaurig und unver-

gänglich waren die durch den Nebel zu uns dringenden gelenden Hilseschreie der mit den Wellen und den Flammen im Tode Ringenden.“

England zum Schiedspruch für Nordwest

London, 11. Juni. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für die Gruppe Nordwest, der neben einer Herabsetzung der Löhne in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie eine Herabsetzung der Eisenpreise bringt, wird in Berliner Berichten der englischen Blätter ausführlich wiedergegeben. Die „Daily Mail“ spricht in einem in größter Aufmerksamkeit wiedergegebenen Bericht ihres Berliner Korrespondenten davon,

daß Deutschland durch dieses Abkommen zwischen Kapital und Arbeit einen Verlust mache, die Weltmärkte für sich zu gewinnen.

Der „Daily Telegraph“ nimmt von dem Vorgang in ähnlich großer Aufmerksamkeit Kenntnis und bezeichnet die ablehnende Haltung des „Vorwärts“ als eine Selbstverständlichkeit, da mit einem anderen Ton des sozialistischen Zentralorgans kaum hätte gerechnet werden können.

Von Valigonds Fahrt in die Heimat

Lissabon, 11. Juni. Die sterblichen Ueberreste des ermordeten Gesandten v. Valigand sind feierlich an Bord des Kreuzers „Königsberg“ gebracht worden. — Der Mörder des deutschen Gesandten wurde einem neuen Verhör unterzogen, das aber keine neuen wichtigen Einzelheiten über das Verbrechen brachte.